

10 Thesen zum wirtschaftlichen Verhältnis Schweiz – Europa

Philipp M. Hildebrand

Mitglied des Direktoriums

Schweizerische Nationalbank

Arbeitgeberverband Basel, 8. September 2004

Einführung

Die Einführung des Euro auf den 1. Januar 1999 war ein Meilenstein in der Geschichte der europäischen Währungsintegration, auch wenn mehrere Mitgliedsstaaten der Europäischen Union faktisch bereits viel früher auf ihre monetäre Souveränität verzichtet hatten. Die europäische Einheitswährung hat ein beträchtliches Potential. Der Euro soll in Europa Effizienz, Transparenz und letztlich Wachstum fördern. Zudem scheint die europäische Einheitswährung auch als Katalysator für eine weitere politische Integration wirksam zu sein. Über einen längeren Zeithorizont ist auch nicht auszuschliessen, dass der Euro dem US-Dollar den Status der globalen Reservewährung streitig machen könnte.¹

Auch aus Schweizer Sicht war die Einführung des Euro ein historisches Ereignis. Unsere Volkswirtschaft ist nun vollständig von einem integrierten Währungsraum umgeben. Diese Tatsache ist für viele Schweizer Anlass, sich über das wirtschaftliche Spannungsfeld Schweiz – Europa vertieft Gedanken zu machen. Wie jeder Basler weiss, existiert dieses Spannungsfeld keineswegs erst seit der Einführung des Euro. Als kleine, offene Volkswirtschaft mitten im Herzen von Europa war die Schweiz schon immer sehr stark von den wirtschaftlichen Entwicklungen in Europa geprägt. In diesem Sinne ist es auch nicht erstaunlich, dass in regelmässigen Abständen – ganz besonders in zyklisch oder strukturell bedingten schwierigen Zeiten – über eine vollwertige wirtschaftliche Integration der Schweiz in Europa diskutiert und debattiert wird.

Ich möchte Ihnen heute zehn Thesen zum wirtschaftlichen Verhältnis Schweiz – Europa vorstellen. Ich werde versuchen diese Thesen jeweils etwas zu durchleuchten und letztlich daraus die – mit Blick auf die Geldpolitik – wichtigsten Schlussfolgerungen zu ziehen.

These 1:

Die Korrelation des schweizerischen Konjunkturverlaufs mit dem europäischen Durchschnitt ist grösser als für manches EU-Land.

Meine erste These dürfte keine grosse Kontroverse hervorrufen. Die Schweizer Wirtschaft ist stark in Europa integriert. Die EU absorbiert rund 60% unserer Exporte. Bei der Herkunft unserer Importe liegt der EU-Anteil sogar bei 80%. In den schweizerischen

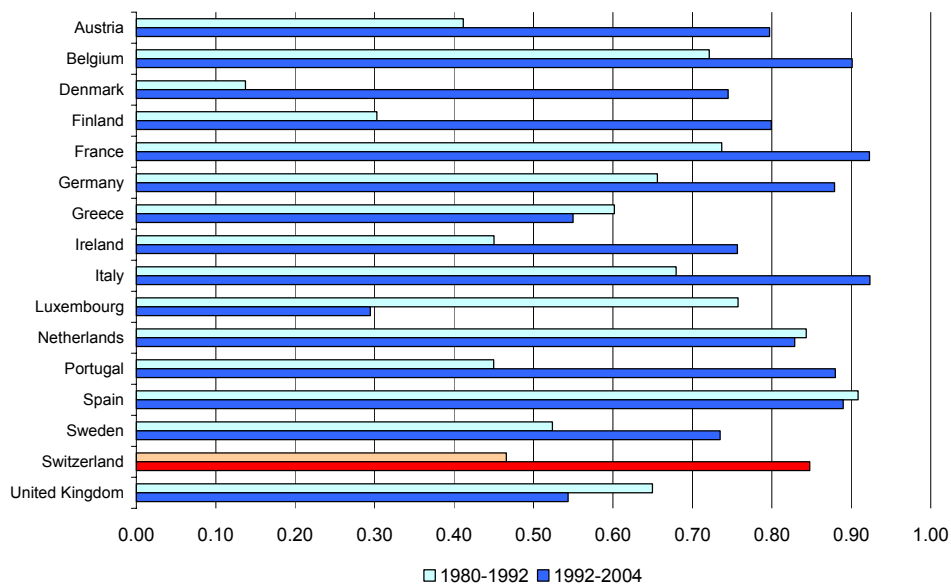
¹ P. Hildebrand und Klaus Regling, «Die international Rolle des Euro», in Diethard B. Simmert und Ernst Welteke, «Die Europäische Zentralbank», Deutscher Sparkassenverlag, 1999.

Hotelbetrieben stammt die Hälfte aller ausländischen Gäste aus der EU. Im Euroraum sind gegen eine Million Menschen von Schweizer Firmen angestellt. Dies entspricht in etwa einem Viertel aller Beschäftigten in der Schweiz. Angesichts dieses beeindruckenden Ausmasses an wirtschaftlicher Integration erstaunt es nicht, dass trotz politischem Alleingang und unabhängiger Geldpolitik der schweizerische und der gesamteuropäische Konjunkturverlauf eng verbunden sind. Wie Sie aus Graphik 1 ersehen, sind sie sogar enger verbunden als dies bei manchen EU-Mitgliedern der Fall ist. Von den 15 Mitgliedsstaaten der EU war über den Zeitraum 1992 bis 2004 die individuelle Korrelation mit dem BIP der EU nur in sechs Fällen höher als jene der Schweiz. Die Schweiz, meine Damen und Herren, liegt also nicht nur geographisch in der Mitte Europas.

Die hohe Korrelation mit dem europäischen Konjunkturzyklus hat auch eine Kehrseite: Wenn die Konjunktur in den Nachbarländern von Schwäche geprägt ist, erlebt die schweizerische Konjunktur auch keine Blütezeit. So hat uns in den letzten Jahren die europäische, nicht zuletzt strukturpolitisch bedingte, Wirtschaftsflaute mit grosser Wahrscheinlichkeit einige Prozentpunkte an Wachstum «gekostet». Trotzdem sollten wir nicht ausser Acht lassen, dass die Schweizer Wirtschaft mindestens kurzfristig durchaus das Potential hat gegenüber Deutschland, bzw. dem europäischen Währungsraum wachstumsmässig besser abzuschneiden. Ich den vergangenen 24 Jahren war dies immerhin elfmal der Fall und auch dieses Jahr wäre ich nicht überrascht, wenn es zu einer «outperformance» der Schweiz gegenüber dem Euro-Raum kommt.

Grafik 1

Korrelation zwischen dem BIP-Wachstum einzelner Länder und dem EU-Durchschnitt



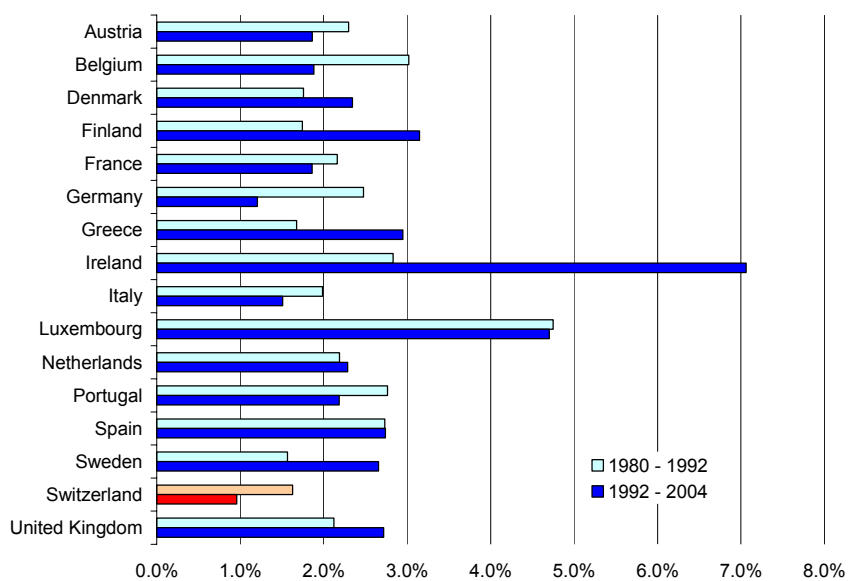
These 2:

Die Schweiz weist seit 1980 deutlich tiefere Wachstumsraten auf als die Länder der EU.

Man würde vermuten, dass bei einer engen Verbundenheit der Konjunkturverläufe auch die langfristige Wachstumsdynamik ähnlich sein sollte. Die Schweiz ist jedoch seit 1980 im Durchschnitt deutlich langsamer gewachsen als die anderen europäischen Länder. Die Wirtschaft expandierte hierzulande um real 1.3 % pro Jahr, was deutlich tiefer war als die Performance unserer Nachbarländer (Italien 1.7%, Deutschland 1.8%, Frankreich 2%, Österreich 2.1%). Die Schweiz wie auch Deutschland schnitt besonders in der zweiten Hälfte dieser Periode, also seit 1992, schlecht ab. Kumulativ beläuft sich die Wachstumsdifferenz der Schweiz zur «alten» EU seit 1980 auf rund 23%.

Grafik 2

Durchschnittliches reales BIP-Wachstum seit 1980



Deutet dieser Vergleich laut meiner zweiten These tatsächlich darauf hin, dass die Schweiz ein Wachstumsproblem hat? Diese wichtige Frage beschäftigt seit einiger Zeit eine Reihe von Ökonomen. Vier Erklärungsansätze stehen dabei im Vordergrund.

Eine erster Erklärungsansatz argumentiert, dass die tieferen Wachstumsraten letztlich als Folge einer tieferen Beschäftigungszunahme zu verstehen sind. Unterschiede der Beschäftigungszunahme mögen zwar einen Teil der Wachstumsdifferenz zwischen Europa und Amerika erklären, doch für eine Erklärung der Wachstumsdifferenz zwischen der Schweiz und Europa dienen sie kaum. Der jährliche Beschäftigungszuwachs in der Schweiz betrug nämlich während unserer Beobachtungsperiode 1.1%. Dieser Wert ist

vergleichbar mit der jährlichen Beschäftigungszuwachsrates in Österreich. Er liegt sogar deutlich höher als die entsprechenden Werte für Deutschland, Italien oder Frankreich.

Eine zweite Erklärung für die tiefere Wachstumsdynamik in der Schweiz ist technischer Natur. Aufgrund der konstanten Verbesserung der schweizerischen Terms of Trade unterschätzen die BIP-Zahlen das effektive Wachstum des realen Einkommens und der realen Wertschöpfung in der Schweiz. Dieses Phänomen erklärt möglicherweise eine Wachstumsdifferenz von bis zu einem halben Prozent pro Jahr.²

Ein weiterer Erklärungsansatz für das scheinbar mässige Wachstum in der Schweiz liegt für einige Ökonomen in einer angeblich zu restriktiven Geldpolitik in der ersten Hälfte der neunziger Jahre.³ Tatsächlich hat die Inflationsbekämpfung, die im Anschluss an die monetäre Expansion Ende der 80er Jahre notwendig wurde, zusammen mit der damit verbundenen Aufwertung des Frankens die schweizerische Konjunktur stark belastet. Ex post ist auch festzuhalten, dass die Nationalbank vor allem 1994 und 1995 wahrscheinlich zu lange an einer restriktiven Politik festgehalten hat. Allerdings muss man beachten, dass die besagte Periode von beschränkter Dauer war und somit die über einen viel längeren Zeithorizont festgestellte Wachstumsdifferenz nicht vollumfänglich erklären kann.

Ein vierter Erklärungsansatz ist in der Strukturpolitik angesiedelt. Der starke Anstieg der Staatsquote und die fehlenden Liberalisierungsbestrebungen in unserem Binnenmarkt haben – gemäss dieser Argumentation – das Wachstumspotential der Schweizer Wirtschaft gebremst, nicht zuletzt durch tiefe Produktivitätswachstumsraten. In meiner 6. These werde ich auf diese Thematik zurückkommen.

Meine persönliche Überzeugung ist, dass das tiefe Wachstum in der Schweiz weder durch vergangene Konjunkturpolitik noch durch statistische Messprobleme erklärt werden kann. Es ist zwar plausibel, dass ein grosser Teil der Wachstumslücke gegenüber Deutschland oder Italien auf diese zwei Faktoren zurückzuführen ist. Dies bedeutet aber nicht, dass hier kein weiterer Erklärungsbedarf herrscht. Denn auch diese Länder sind von strukturellen Problemen geplagt. Als unseren Benchmark sollten wir eher Länder wie

² Die Terms of Trade als Verhältnis von Exportpreisen zu Importpreisen widerspiegeln, wie viel ausländische Güter mit inländischen Gütern gekauft werden können. Eine Verbesserung der Terms of Trade ist damit ceteris paribus gleichbedeutend mit einer international höher bewerteten Wirtschaftsleistung eines Landes. Siehe u. a. U. Kohli, «Veränderung der Terms of Trade und reales BIP», Quartalsheft der SNB, Juni 2002.

³ Siehe u.a. Ettlín, F. und S. Gaillard, «Die geldpolitischen Fehler nicht wiederholen: War die SNB in den neunziger Jahren zu restriktiv?», NZZ, 17.04.2003, Nr. 90, S.27.

Österreich, Finnland, Holland oder Grossbritannien – um nicht von Irland zu sprechen – heranziehen. In diesem Sinne ist die These, dass die Schweiz tatsächlich ein Wachstumsproblem hat, kaum zu verwerfen.

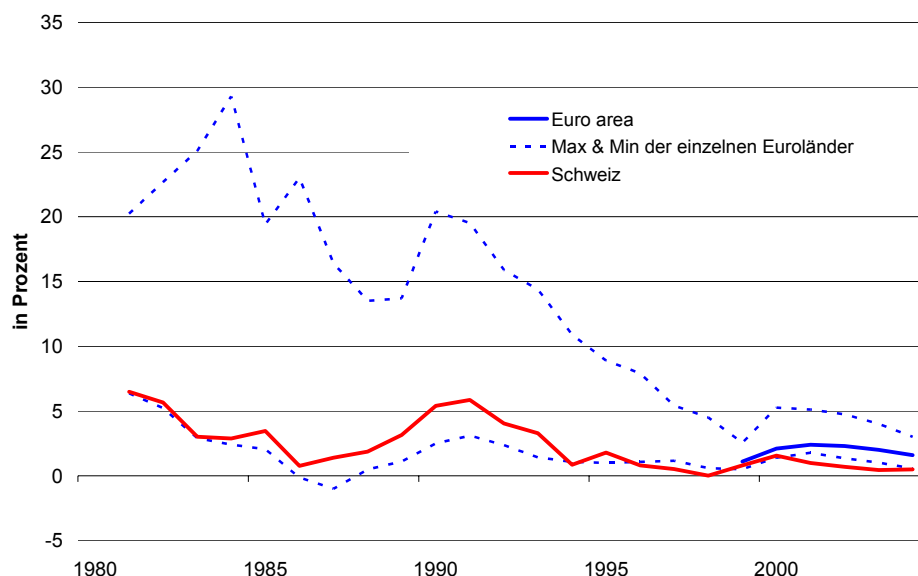
These 3:

Die Schweiz besetzt bezüglich Preisstabilität nach wie vor einen europäischen Spitzenplatz.

Seit 1980 betrug die durchschnittliche Jahresinflationsrate 2.3%, eine Zahl, die in Europa über diese Periode nur von Deutschland (2.2%) unterboten wurde. In den letzten 10 Jahren ist die Inflation in der Schweiz durchwegs im von der Nationalbank als Preisstabilität definierten Bereich geblieben (unter 2%). Die Europäische Zentralbank hingegen hat seit 2000 ihr Ziel einer Inflation unter 2% leicht verpasst. Dies ist jedoch vor dem Hintergrund der weiterhin äusserst heterogenen konjunkturellen Entwicklungen der einzelnen EWWU-Mitgliedsstaaten zu sehen.

Grafik 3

Durchschnittliche Inflation seit 1980



Die Bewahrung der Preisstabilität im Sinne der Inflationsvermeidung stand in den letzten Jahren nicht im Vordergrund. Spätestens seit dem 11. September 2001 wurden unsere Volkswirtschaft und unser Finanzsystem von einer Reihe von aussergewöhnlichen desinflationären Schocks belastet. Daher war unsere Geldpolitik in erster Linie darauf ausgerichtet, eine allfällige Preisdeflation zu verhindern. Mit einem sich weltweit erholenden Konjunkturzyklus herrscht heute kaum noch Deflationsgefahr.

Dementsprechend haben wir im Juni angefangen, unsere weiterhin sehr expansive Geldpolitik zu normalisieren. Wir werden unsere Geldpolitik auch in Zukunft darauf ausrichten, die mittelfristige Preisstabilität um jeden Preis zu bewahren. Die Voraussetzungen dazu sind trotz hoher Ölpreise günstig. So dürfte vor allem die anhaltende Globalisierung wettbewerbsfördernd sein und somit zu einer günstigen Preisentwicklung beitragen.

These 4:

Die autonome Geldpolitik der SNB bringt der Schweiz Vorteile, auch wenn die Preisstabilität in der Eurozone ebenfalls gewährleistet ist.

Im Rahmen dieser These möchte ich besonders auf zwei Vorteile einer autonomen Geldpolitik hinweisen.

Erstens ist es für die Schweiz durchaus hilfreich, trotz ähnlichem Konjunkturverlauf wie Europa (siehe These 1), die Geldpolitik gezielt auf schweizerische Bedürfnisse auszurichten. Die Schweizer Wirtschaft ist aufgrund ihrer stärkeren Exportsensitivität gegenüber Veränderungen der weltweiten Konjunktur empfindlicher als Europa. Demzufolge lockerte die Nationalbank die monetären Zügel ab 2001 schneller und entschlossener als die EZB, die sich in der Gestaltung ihrer Geldpolitik am EU-Durchschnitt zu orientieren hat.

Zweitens profitiert die Schweiz von Zinssätzen, die auf einem deutlich tieferen Niveau liegen als in Europa. Grafik 4 zeigt, dass bei den langfristigen Renditen der Zinsbonus rund 1 1/2 Prozentpunkte beträgt. Dieser Zinsbonus geht über die tendenzielle Realaufwertung des Frankens hinaus. Offensichtlich betrachten viele Anleger den Schweizer Franken als attraktive Alternative zum Euro, zum US-Dollar und zu anderen wichtigen Währungen. Sie sind bereit, für die verbesserte Diversifikation ihrer Risiken, die mit dem Einschluss des Schweizer Frankens in ihren Portefeuilles verbunden ist, eine Prämie zu zahlen.

Grafik 4

Zinsbonus der langfristigen CHF-Rendite gegenüber EUR (DEM)



Warum gibt es einen Zinsbonus des Schweizer Frankens? Es gibt verschiedene Erklärungen, die alle nicht vollständig befriedigen. Überzeugend erscheint mir das Argument, dass die stabilitätsorientierte, autonome Geldpolitik der Nationalbank einen wesentlichen Beitrag dazu leistet. Würde die Schweiz auf ihre geldpolitische Autonomie verzichten und den Frankenkurs gegenüber dem Euro fest fixieren, entfielen für die Anleger der Anreiz, einen Teil ihrer Vermögen in Schweizer Franken zu halten. Der Schweizer Franken würde zu einem vollkommenen Substitut für den Euro. Unter diesen Umständen würde die Arbitrage auf den Finanzmärkten für eine völlige Angleichung der schweizerischen Zinssätze an jene des Euro-Gebiets sorgen. Das tiefe schweizerische Zinsniveau – ein wichtiger Wettbewerbsvorteil unseres Landes – ginge damit verloren.

These 5:

Die Einführung des Euro hat der Schweiz insgesamt eine geringere Wechselkursvolatilität gebracht.

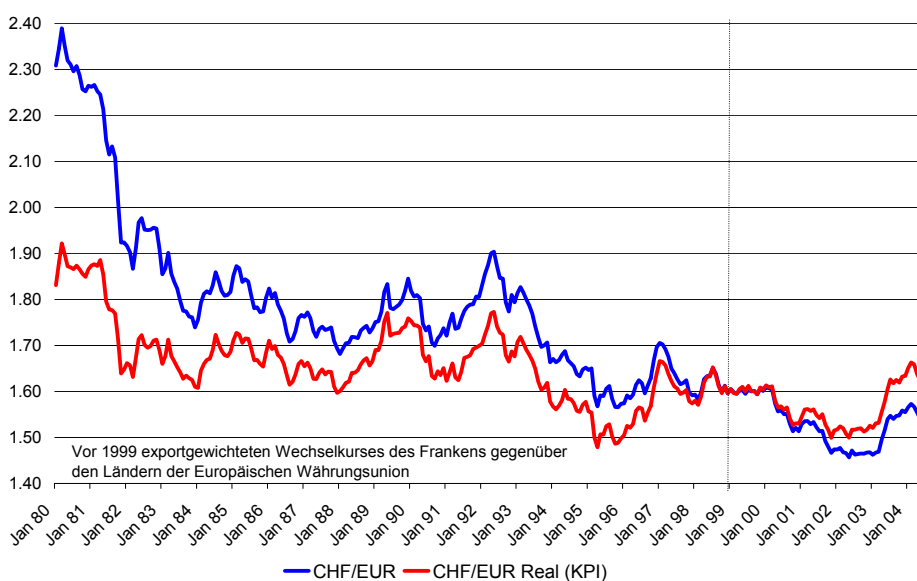
Für ein Land, das so eng mit Europa verbunden ist (These 1), können starke Wechselkursschwankungen der eigenen Währung gegenüber dem Euro vernichtende Konsequenzen haben. Deshalb müssen die oben erwähnten Vorteile einer autonomen Geldpolitik im Zusammenhang mit den potentiellen Schäden von Währungsturbulenzen gesehen werden. Die Geschichte der schweizerischen Geldpolitik seit den 70er Jahren zeigt meiner Meinung nach deutlich, dass der Wechselkurs die Achillessehne unserer Wirtschaft ist. A priori musste man bei der Einführung des Euro davon ausgehen, dass

dies auch in Zukunft der Fall sein werde. Erfreulicherweise dürfen wir nach den ersten fünf Jahren der Kohabitation zwischen Euro und Franken feststellen, dass die Erfahrungen insgesamt positiv ausgefallen sind.

Während die 80er und 90er Jahre durch abrupte und massive Kursanpassungen einiger europäischer Währungen gegenüber dem Schweizer Franken gekennzeichnet waren, brachte die Einführung des Euro den schweizerischen Exporteuren deutlich stabilere Währungsverhältnisse. Die kurzfristige Volatilität des exportgewichteten Wechselkurses des Frankens gegenüber den Ländern des Euro-Raums ist seit der Einführung des Euro deutlich geringer geworden (Grafik 5). Sie ist sogar kleiner als diejenige zwischen dem Euro-Raum und den EU-Mitgliedern England oder Schweden. Real gesehen liegt der Euro auf dem Niveau seiner Einführung im Jahr 1999.

Grafik 5

Nominelle und Reale Entwicklung des Euro-Franken - Kurses



Im Gegensatz zu den Wechselkursschwankungen gegenüber dem Euro-Gebiet, die tendenziell abgenommen haben, bleibt der USD/CHF-Kurs sehr volatil. Die Volatilität des USD/CHF-Kurses ist auf vergleichbarem Niveau wie jene des EUR/USD-Kurses. Die Einbindung des Frankens an den Euro würde dieses Problem somit nicht lösen. Immerhin konnten wir seit der Einführung des Euro feststellen, dass der so genannte Moccasseneffekt, gemäss dem der EUR/CHF-Kurs auf die EUR/USD – Schwankungen tendenziell überreagiert, an Bedeutung verloren hat.

Die Geldpolitik eines offenen Landes wie der Schweiz hat auf den Wechselkurs Rücksicht zu nehmen, da dieser eine wichtige Komponente der monetären Bedingungen darstellt. In

dieser Hinsicht hat der EUR/CHF-Kurs eine besonders grosse Bedeutung. Die Erfahrung seit 1999 hat jedoch gezeigt, dass mit einem gewissen geldpolitischen Fingerspitzengefühl das Überleben eines autonomen Frankens auch im Schatten des Euro möglich ist.

These 6:

Trotz Preisstabilität leidet die Schweiz im Vergleich zu Europa unter einem allgemein erhöhten Preisniveau.

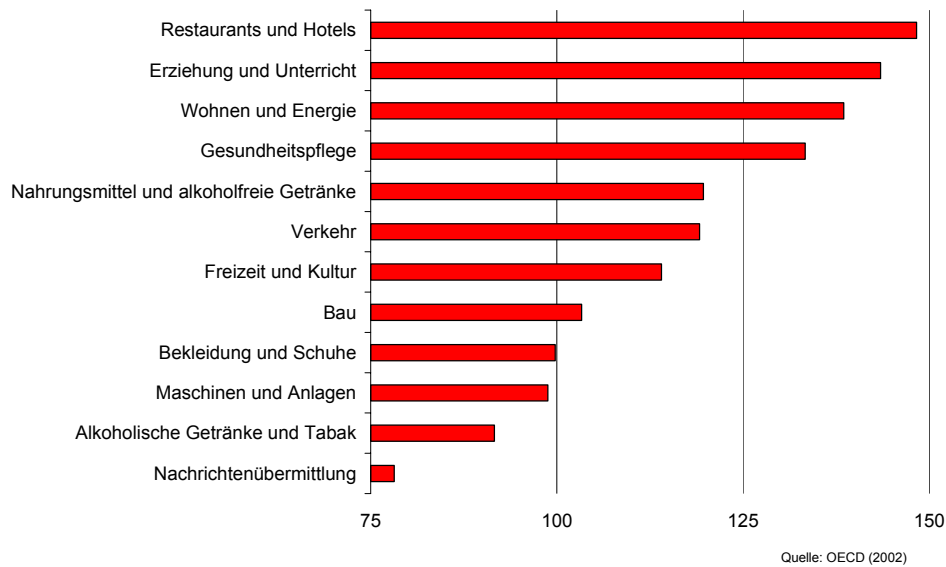
Vieles ist über die Hochpreisinsel Schweiz schon geschrieben worden.⁴ Ich werde mich auf das folgende Rätsel konzentrieren: Wie kann es vorkommen, dass ein Land, das in Bezug auf die Preisstabilität einen Spitzenplatz erreicht hat (These 3), über ein allgemein überhöhtes Preisniveau verfügt? Die Antwort hat mit den unterschiedlichen Produktivitätsentwicklungen im Binnen- und im Exportsektor zu tun. Langfristig entwickeln sich die Wechselkurse derart, dass die handelbaren Güter im Verkauf weltweit gleichviel kosten. So wird das allgemeine Preisniveau in einem Land letztlich von den Produktivitätsdifferenzen zwischen den Sektoren der handelbaren und der nicht-handelbaren Güter bestimmt. Jene Länder, in denen die Produktivität im Sektor der nicht-handelbarer Güter jener in der Produktion handelbarer Güter am meisten hinterherhinkt (z. B. Japan, Schweiz), verfügen über ein erhöhtes Preisniveau.

Ein genauerer Vergleich der Preise zwischen der Schweiz und einer Auswahl von vergleichbaren EU-Ländern zeigt, dass die Preise in unserem Binnensektor effektiv Spitzenwerte im internationalen Vergleich erreicht haben (Grafik 6). Es ist selbstverständlich, dass besonders bei den arbeitsintensiven Sektoren (Gesundheit, Erziehung) ein Teil des Unterschieds durch das höhere Lohnniveau erklärt wird. Dennoch bleiben immer noch allzu viele Markteinschränkungen im Binnensektor, die eine Produktivitätssteigerung verhindern. Es ist somit nicht das hohe Preisniveau als solches, das problematisch ist. Vielmehr sind es jene Preise, die aufgrund von Markteinschränkungen höher sind als sie unter freiem Wettbewerb wären.

⁴ siehe u.a. die Berichte 19 – 23 der Strukturberichterstattung des Staatssekretariats für Wirtschaft (seco), Juni 2003.

Grafik 6

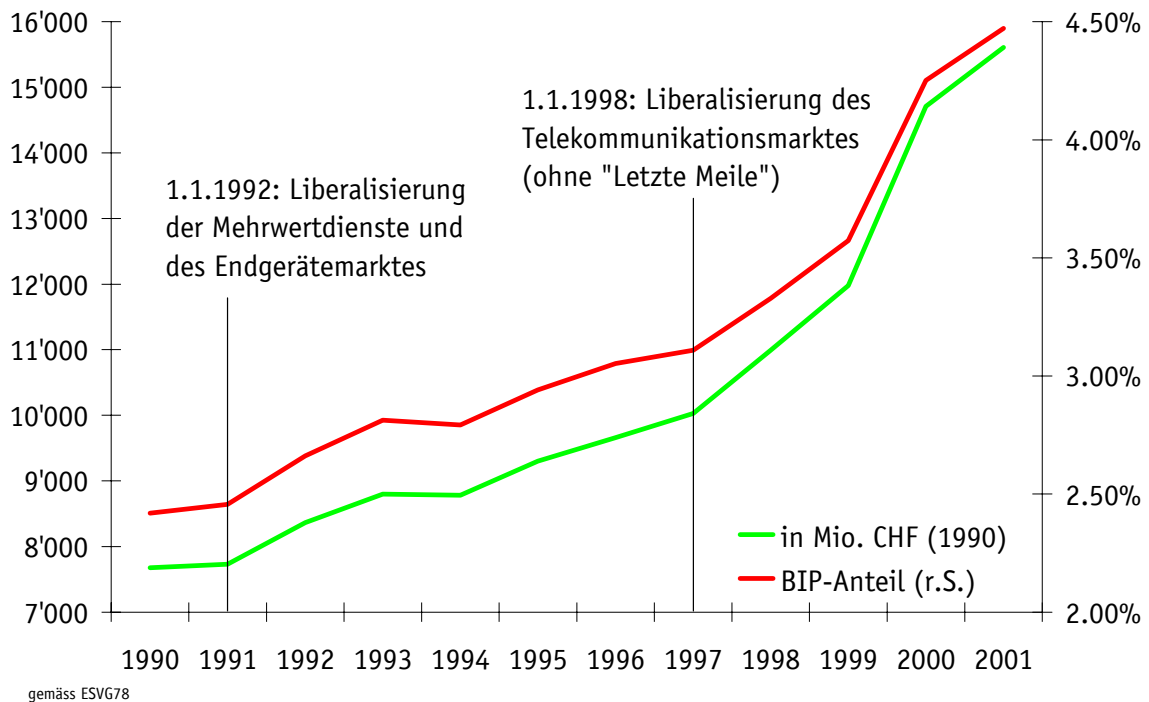
Relative Preise in der Schweiz (Durchschnitt AUT, D, NL und CH = 100)



Welche Entwicklung durch eine Liberalisierung im Binnensektor möglich ist, verdeutlicht die Entwicklung im Telekommunikationsbereich. Blieb die Leistung der Branche Nachrichtenübermittlung in der ersten Hälfte der neunziger Jahre noch relativ stabil, so stieg sie mit der Liberalisierung des Sektors in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre innert weniger Jahre wertmässig real um rund 50 Prozent an. Da gleichzeitig die Preise massiv sanken, bedeutet dies mengenmässig eine enorme Zunahme. Die steigende Qualität ist dabei noch nicht einmal berücksichtigt. Auch der relative Anteil dieser Branche am Gesamt-BIP stieg von rund 3% im Jahre 1997 markant auf 4,5% im Jahre 2001 an. Beim Betrachten dieser eindrücklichen Entwicklung, dargestellt in Graphik 7, ist darauf hinzuweisen, dass die Liberalisierung die letzte Meile ihres Weges noch immer nicht gegangen ist.

Grafik 7

Reale Wertschöpfung in der Nachrichtenübermittlung



These 7:

Auch bei fortschreitender Integration der europäischen Volkswirtschaften bleiben die Strukturen der einzelnen Mitgliedsstaaten stark von nationalen Besonderheiten geprägt.

Im Rahmen der zunehmenden Integration haben sich die EU-Mitgliedsstaaten wirtschaftlich angenähert. Trotz gemeinsamer übergeordneter Zielsetzung bleiben die nationalen Strukturen jedoch heterogen geprägt. Nur in Teilbereichen wie beispielsweise der Agrar- und Wettbewerbspolitik wurden sie praktisch vollends harmonisiert. In vielen Fällen bleiben die nationalen Gesetzgebungen relevant. Diese erstaunliche Vielfalt widerspiegelt sich beispielsweise in der Staatsquote, die im Durchschnitt der EU15 bei 48% liegt (Schweiz 40%), in einzelnen Ländern jedoch zwischen 35% (Irland) und 59% (Schweden) schwankt (Graphik 8).

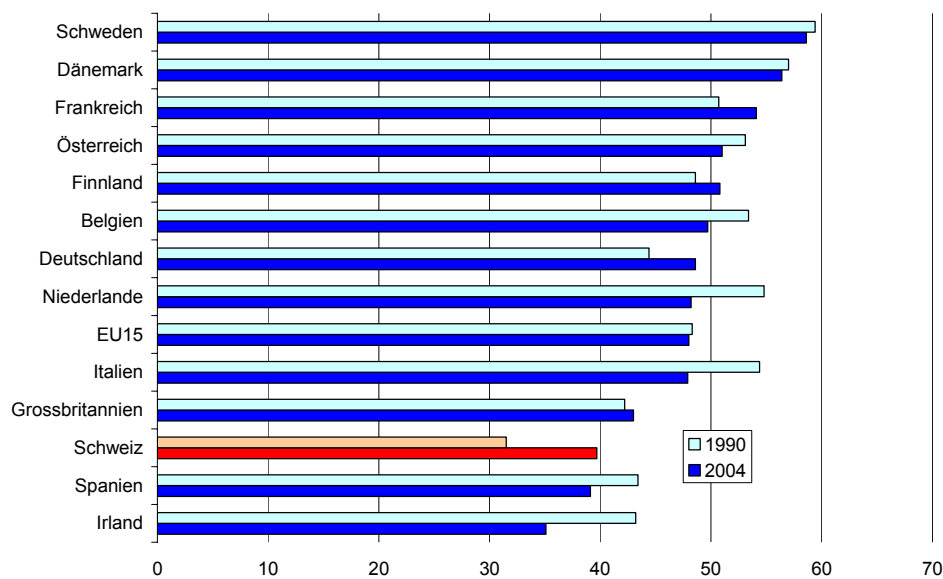
Die Schweiz kann aus diesen unterschiedlichen «Realexperimenten» viel lernen. Für mich stehen die folgenden Erkenntnisse im Vordergrund:

- Grundsätzlich sollte in der Wirtschaft eine Wettbewerbsstruktur angestrebt werden. Nur dann ist die Effizienz des Mitteleinsatzes längerfristig gewährleistet.

- Wenn unerwünschte externe Effekte vorliegen, sollte eine «sanfte» Regulation durch Steuern und Anreize bevorzugt werden.
- Nur wenn eine solche anreizorientierte Regulierung der privaten Wirtschaftsstruktur nicht möglich ist – und das ist sie in sehr wenigen Fällen – ist eine direkte Intervention durch den Staat vonnöten. Diese Intervention ist dann klar abzugrenzen.

Grafik 8

Staatsquote in Prozent des BIP



These 8:

Die Flexibilität des schweizerischen Arbeitsmarktes ist ein besonders wertvoller Trumpf unserer Wirtschaft.

Bei Umfragen zur Standortattraktivität wird neben tiefen Steuern, guter Ausbildung und gesamthaft attraktiven Lohnkosten auch immer wieder der flexible Arbeitsmarkt als Pluspunkt für die Schweiz angeführt. Der historisch in Zeiten der Isolation gefestigte Arbeitsfrieden hat bis heute gehalten. Das darauf aufbauende Miteinander und gegenseitige Vertrauen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern ermöglichte es, viele Regelungen nicht explizit und nicht flächendeckend einzuführen. Vielmehr ist der Schweizer Arbeitsmarkt geprägt von lokalen und teils impliziten Regelungen, die damit sowohl zeitlich als auch inhaltlich flexibel angepasst werden können. Dank dieser Flexibilität weist die Schweiz zusammen mit den Niederlanden die tiefste Arbeitslosigkeit im europäischen Vergleich aus. Wir müssen uns bewusst sein, dass unser Arbeitsmarkt ein äusserst wertvolles wirtschaftspolitisches Guthaben ist. Mit anderen Worten: es geht in

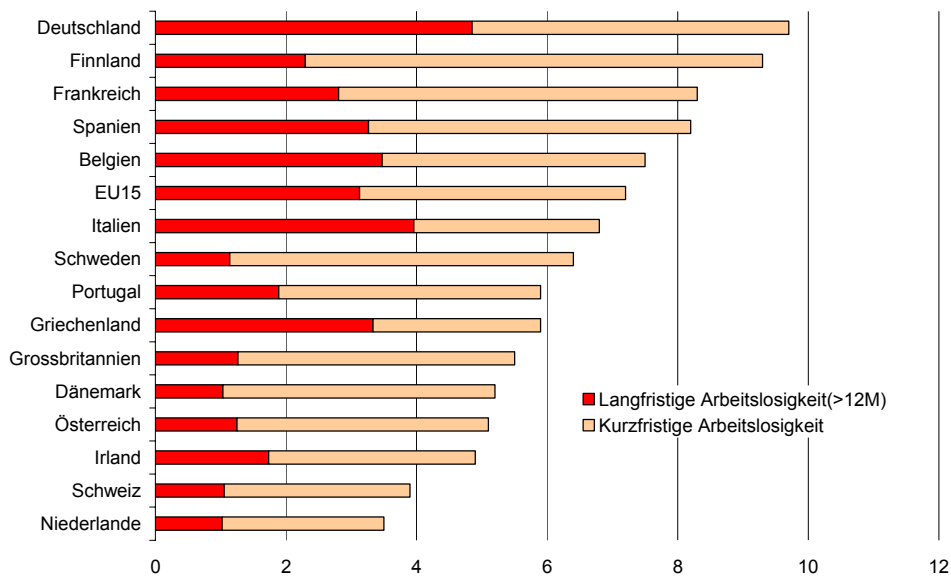
der Strukturdiskussion nicht nur darum, Dinge zu verändern, sondern auch darum, wettbewerbsfähige Strukturen vor Angriffen zu schützen.

Der schweizerische Lösungsansatz mit mehrheitlich betrieblich-individueller Lohnregelung und klar terminierter, massvoller Arbeitslosenunterstützung mag auf den ersten Blick insbesondere im Vergleich mit Deutschland für die Arbeitnehmer ungünstig erscheinen. Längerfristig verhindert ein flexibler Arbeitsmarkt jedoch eine Fehlallokation von Ressourcen, indem in nicht weiter wettbewerbsfähige Bereiche auch nicht weiter Humankapital investiert wird. Dies ist letzten Endes auch zum Vorteil des Arbeitnehmers, da er als Steuerzahler und Konsument nicht für aufgestaute Folgekosten aufzukommen hat.

Mit der per 1. Juni 2004 begonnenen Übergangsphase II der Bilateralen Verträge I steht eine weitere Flexibilisierung und Öffnung des Schweizer Arbeitsmarktes an. Die Aussicht auf vermehrt freie Beschäftigungszu- und -abwanderung im Verkehr mit den EU-Ländern wird die Effizienz des Schweizer Arbeitsmarktes weiter erhöhen. Ein allfälliger Lohndruck sollte für den einzelnen Arbeitnehmer zudem durch entsprechende Liberalisierungen auf den Produktemärkten für Inputs und Outputs kompensiert werden können. Die für alle Bereiche gleich geltenden Regelungen der Bilateralen I werden im Vergleich zur früheren Migrationspolitik, welche vor allem weniger Qualifizierte einwandern liess, auch zusätzliches Wissen ins Land bringen und so zum Produktivitätswachstum beitragen. Die neusten Migrationszahlen des Bundes bestätigen diesen Trend. Die Zuwanderung aus den alten EU-Ländern hat im Jahr 2003 erstmals wieder jene aus Nicht-EU-Ländern übertroffen und bestand verstärkt aus Portugiesen für das Bau- und Gastgewerbe sowie aus gut qualifizierten Deutschen für die Bereiche Management, Gesundheitswesen und Wissenschaft. Immigration bringt zwar immer politische Herausforderungen mit sich. Letztlich wird sie sich jedoch als wertvolle Kraftquelle im Modernisierungsprozess der schweizerischen Volkswirtschaft entpuppen.

Grafik 9

Arbeitslosigkeit in Europa



These 9:

Die Dynamisierung des Schweizer Binnenmarktes hängt primär vom eigenen Reformwillen ab.

In unseren nationalen Wirtschaftsdebatten ist oft ein latenter Glaube zu bemerken, dass der einzige Weg zur notwendigen Strukturreform in einem Anschluss an die EU bestehe. Ein EU-Beitritt wäre mit beträchtlicher Wahrscheinlichkeit für die Schweiz jedoch gleichbedeutend mit einem Beitritt zur EWWU, da der Schweiz wohl kaum mehr eine «opting-out» Klausel zugestanden würde. Dies bedeutet, dass jene, die einen EWWU-Beitritt mit Bezug auf Strukturreformen befürworten, die Notwendigkeit von Reformen anerkennen. Gleichzeitig negieren sie die Möglichkeit, diese Reformen autonom durchzuführen. Die Verantwortung für die Einführung der notwendigen Wirtschaftsreformen wird also faktisch an die EU delegiert.

Diese Argumentationslinie erscheint mir fragwürdig. Ich würde sogar so weit gehen und behaupten, man sollte sie klar ablehnen. Sie baut darauf auf, die «Schuld» an der Einführung notwendiger Reformen der EU anlasten zu können und letztendlich die politischen Kosten solcher Reformen nach Brüssel zu transferieren. Die Zugehörigkeit zur EWWU allein, meine Damen und Herren, garantiert jedoch noch keine erfolgreichen Reformen zu Hause, wie die Beispiele verschiedener Mitgliedsstaaten zeigen. Weder die EU und schon gar nicht die EWWU wurden als Institutionen geschaffen um Liberalisierungsbestrebungen durchzuführen. Die EU-Mitgliedschaft kann zwar nationale

Gesetzesanpassungen zur Folge haben, welche ökonomische Reformschritte darstellen. Solche Gesetzesanpassungen waren unter dem Namen «Swiss Lex» bereits im Rahmen der EWR-Abstimmung von 1992 vorgesehen. Das EU-Recht schreibt jedoch nur die formale Gesetzesänderung vor. Die Verantwortung für die Umsetzung dieser Gesetzesänderungen bleibt im Normalfall entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip bei den nationalen Behörden. Selbst wenn man akzeptiert, dass die Anreize für Reformen im Falle eines EU Beitrittes steigen würden, so gilt zu beachten, dass die Durchsetzbarkeit der Reformen möglicherweise schwieriger wird. Denn mit Verlust der unabhängigen Geld- und Fiskalpolitik verliert der Staat die Möglichkeit, die typischerweise mit Strukturreformen verbundenen kurzfristigen negativen konjunkturellen Externalitäten zu kompensieren oder mindestens abzufedern.

These 10:

Für die Schweiz als kleine, offene Volkswirtschaft ist die allgemeine Offenheit gegenüber der gesamten Weltwirtschaft letztlich mindestens so wichtig wie die Art der formalen Eingliederung in Europa.

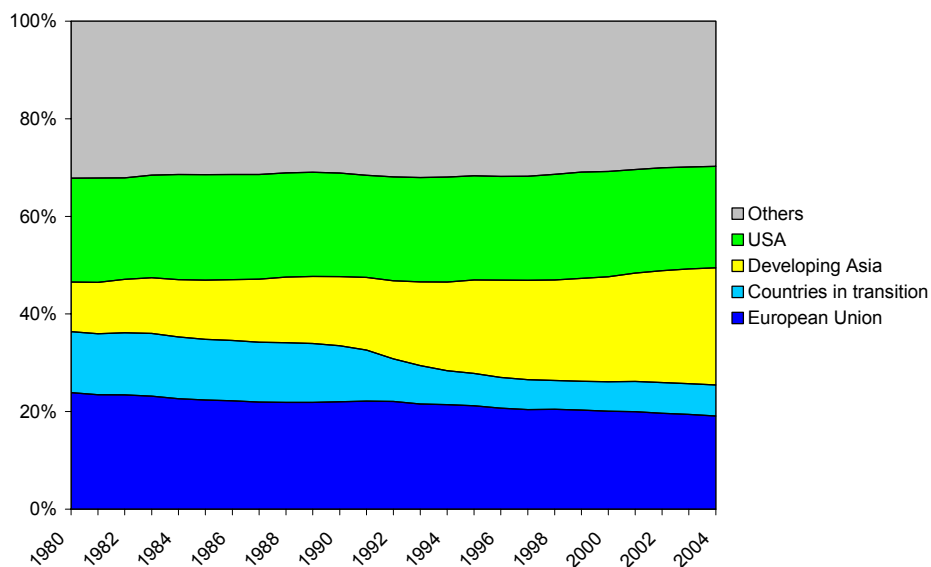
Die Schweiz als rohstoffarmes und deshalb in früheren Zeiten auch sehr armes Land ist in essentieller Weise auf offene Grenzen angewiesen. Erst in einem globalisierten Umfeld stehen einerseits die notwendigen Inputfaktoren in einem genügenden Ausmass zur Verfügung und existiert andererseits ein genügend grosser Absatzmarkt. Nur dann existieren die Hebelkräfte, mit denen das eigene Können in eine hohe Wertschöpfung und damit in einen hohen Wohlstand umgesetzt werden kann. Der Wert des so generierten Volkseinkommens wird zusätzlich gesteigert, wenn auch der Konsum in einem globalisierten Umfeld erfolgen kann. Die vorteilhafte Entwicklung von Preisen und Auswahl an Gütern und Dienstleistungen in den letzten Jahren legen eindrücklich Zeugnis dieses Prozesses ab. Aus dieser Argumentation folgt, dass sich die Schweiz und die schweizerische Wirtschaftspolitik letztlich global auszurichten haben. Dies bedeutet weder eine Vernachlässigung unserer Europapolitik noch ein Verzicht auf nationale Eigenheiten und Identitäten, sofern diese wirklich kulturell bedingt sind und nicht hauptsächlich der Abschottung einzelner Sektoren dienen.

Verstärkt wird das Argument für eine globale Ausrichtung der Schweiz durch den Aspekt der Risikodiversifikation. Das globale BIP wird zu je rund einem Viertel von den USA, der EU, Asien und den restlichen Ländern generiert (siehe Grafik 10). Mit einer globalen Ausrichtung unserer Volkswirtschaft kann eine Verwicklung in Blockkämpfe vermieden werden und eine erhöhte Konstanz in der Wohlstandsentwicklung erreicht werden. Einzig

wenn Blockkämpfe derart ausarten würden, dass sich die Blöcke in die Isolation zurückziehen, ist diese globale Wirtschaftsstrategie von Nachteil. Deshalb hat die Schweiz in den verschiedenen Verhandlungsrunden der WTO auch konsequent dazu beigetragen, dass dieser Extremfall nicht eintritt. Europa – in welcher Form auch immer – ist für die Schweiz eine wirtschaftspolitische Priorität und wird es in absehbarer Zeit auch bleiben. Doch letztlich ist es nur ein Fenster in eine expandierende und zunehmend globalisierte Weltwirtschaft.

Grafik 10

Anteile am Welt-BIP (KKP-Basis)



Schlussfolgerungen

Lassen Sie mich diese 10 Thesen in einen breiteren Zusammenhang stellen und resümieren.

Das wirtschaftliche Verhältnis der Schweiz zur EU ist durch eine zunehmende Integrationsdynamik geprägt. Unsere offensichtliche wirtschaftliche Verwundbarkeit gegenüber Europa führt dazu, dass ein krampfhafter Hang zur vollständigen wirtschaftlichen Unabhängigkeit realitätsfremd wirkt. Letztlich geht es für die Schweiz darum, das richtige Mass an wirtschaftlicher Eigenständigkeit anzustreben. Institutionen haben dabei den Nachteil, dass dieses Mass der Zugehörigkeit nicht beliebig fein einstellbar ist, sondern sich langfristig in einer Mitgliedschaft oder eben Nicht-Mitgliedschaft erschöpft. Trotzdem ist der vom Bundesrat eingeschlagene Weg einer bilateralen Vertragslösung ein sinnvoller Versuch der Realität der wirtschaftlichen Integration Rechnung zu tragen und gleichzeitig in einigen für die Schweiz wichtigen

wirtschaftlichen Kernbereichen unsere Eigenständigkeit zu bewahren. Die grosse wirtschaftliche Herausforderung für die Schweiz liegt letztlich nicht in der Europapolitik sondern in der Strukturpolitik. Dies gilt insbesondere dann, wenn wir uns unter unseren europäischen Nachbarn nicht mit den Durchschnitts-, sondern mit den Musterschülern messen wollen. Ein EU- oder ein EWWU-Beitritt ist in diesem Sinne keine Alternative zur eigenen Reformkraft.

Auf die ersten fünf Jahre des Euro zurückblickend, dürfen wir mit Zufriedenheit feststellen, dass sich unsere geldpolitische Autonomie vorteilhaft ausgewirkt hat. Aus heutiger Sicht haben wir gute Gründe davon auszugehen, dass dies auch in absehbarer Zeit der Fall sein dürfte. Die Achilles-Sehne der autonomen Geldpolitik – der Wechselkurs – ist dabei vor dem Hintergrund des gesamten internationalen Umfeldes zu sehen. Dabei relativiert sich dieses oft akzentuiert diskutierte Thema besonders bei realer Betrachtung stark.

Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, noch einen Punkt klarstellen. Eine allfällige EU-Beitrittsdiskussion geht weit über die Thematik Wirtschaftspolitik geschweige denn Geldpolitik hinaus. Ich denke hier beispielsweise an Transport-, Umwelt- oder Sicherheitspolitik. Denken Sie nur ein gutes Jahrzehnt zurück. Jede Europadiskussion in welcher Form auch immer wurde damals von sicherheitspolitischen Aspekten stark geprägt oder sogar dominiert. In diesem Sinne wäre ein allfälliger EU-Beitritt auch heute noch ein globalpolitisches Traktandum, welches keineswegs nur durch eine wirtschaftspolitische Lupe betrachtet werden müsste. Als Vertreter einer unabhängigen Notenbank würde ich es mir nicht anmassen, zu politischen Grundsatzdiskussionen Stellung zu nehmen, auch wenn solche Diskussionen für mich als Bürger noch so relevant sind. Ich habe heute Abend lediglich versucht, meine Einladung in den Grenzraum Schweiz – Europa als Anlass zu nehmen, mir zum wirtschaftlichen Verhältnis Schweiz – Europa einige grundsätzliche Gedanken zu machen. In diesem Sinne möchte ich mich bei Ihnen für Ihre Geduld und Ihre Aufmerksamkeit bedanken.